

Sparen linke und rechte Parteien anders?

Die Konsolidierungspolitik Islands und Großbritanniens im Vergleich

Frank Bandau, Otto-Friedrich-Universität Bamberg

(frank.bandau@uni-bamberg.de)

Abstract

Nach der Finanzkrise sahen sich fast alle westlichen Demokratien zur Konsolidierung ihrer Staatsfinanzen gezwungen. Die Sparpakete unterschieden sich nicht nur hinsichtlich der Größe, sondern auch in ihrer Zusammensetzung und der resultierenden Belastung verschiedener gesellschaftlicher Gruppen. Im Mittelpunkt des Papiers stehen mit Island und Großbritannien zwei besonders hart von der Krise betroffene Länder außerhalb des Euroraums, die hinsichtlich der Ausgestaltung der Sparprogramme deutlich voneinander abweichen: Island setzte im Rahmen einer insgesamt unorthodoxen Krisenbewältigungsstrategie auf ein progressives Sparpaket, das die Entlastung der sozial Schwachen zum Ziel hatte. In Großbritannien wurden dagegen die unteren Einkommensgruppen überproportional zur finanziellen Krisenbewältigung herangezogen. Im Zentrum dieses Papiers steht die Frage, wie sich die unterschiedliche Ausrichtung der Sparpakete erklären lässt. Einen wichtigen Erklärungsfaktor, so die erste zentrale These, bildet die unterschiedliche parteipolitische Färbung der für die Sparmaßnahmen verantwortlichen Regierungen. Dass Parteeffekte eine derartige Rolle spielen konnten, liegt allerdings, und dies ist die zweite These des Papiers, an den günstigen gesellschaftlichen, institutionellen und ökonomischen Rahmenbedingungen, in denen die jeweiligen Regierungsparteien in beiden Ländern operierten.

1. Einleitung

Die Stabilisierung ihrer Volkswirtschaften im Rahmen der globalen Finanzkrise bezahlten fast alle westlichen Demokratien mit einem massiven Anstieg der Staatsverschuldung. Die Antwort auf den drohenden Teufelskreis aus steigenden Schulden und Zinszahlungen bestand ab 2009 in der Auflegung mehr oder weniger weitreichender Konsolidierungsprogramme, die in erster Linie der Ruhigstellung der Kreditgeber galten. Hinsichtlich der grundsätzlichen Reaktion auf den wachsenden Schuldenstand waren damit starke Gemeinsamkeiten zwischen den Staaten zu beobachten, wobei sich die Größe der Sparprogramme nicht zuletzt nach dem Ausmaß der Schuldenproblematik richtete. In anderer Hinsicht unterschieden sich die Konsolidierungsprogramme jedoch deutlich voneinander, nämlich in Bezug auf ihre Zusammensetzung und die damit verbundene gesellschaftliche Lastenverteilung.

Im Mittelpunkt des Papiers stehen mit Island und Großbritannien zwei besonders hart von der Krise betroffene Länder außerhalb des Euroraums, die sich hinsichtlich der beiden genannten Faktoren stark voneinander abweichen: Island setzte im Rahmen einer insgesamt unorthodoxen Krisenbewältigungsstrategie auf ein progressives Sparpaket, das die Entlastung der sozial Schwachen zum erklärten Ziel hatte. In Großbritannien wurden dagegen – trotz der durchaus zu beobachtenden Beteiligung der wohlhabenden Gesellschaftsmitglieder an der Konsolidierung – die unteren Einkommensgruppen überproportional zur finanziellen Krisenbewältigung herangezogen. Im Zentrum dieses Papiers steht damit die Frage, wie sich die unterschiedliche Zusammensetzung und Ausrichtung der Sparpakete erklären lassen. Einen wichtigen Erklärungsfaktor, so die erste zentrale These, bildet die unterschiedliche parteipolitische Färbung der für die Sparmaßnahmen verantwortlichen Regierungen. Während nämlich in Island eine Koalition aus Sozialdemokraten und Sozialisten für die Konsolidierung verantwortlich war, fielen die Sparmaßnahmen in Großbritannien zum größten Teil in die Zeit der von den Konservativen angeführten Koalitionsregierung. Dass Parteeffekte eine derartige Rolle spielen konnten, liegt allerdings, und dies ist die zweite These des Papiers, an den günstigen gesellschaftlichen, institutionellen und ökonomischen Rahmenbedingungen, in denen die jeweiligen Parteien in beiden Ländern operierten.

Das Papier ist in vier Abschnitte unterteilt. Zunächst erfolgt eine ausführliche Darlegung des Puzzles, indem die unterschiedlichen Antworten beider Länder auf die Schuldenproblematik dargestellt werden. Im darauffolgenden Abschnitt wird eine aus der klassischen Parteiendifferenztheorie sowie weiterreichenden Überlegungen abgeleitete theoretische Erklärung für die unterschiedlichen Konsolidierungspfade entwickelt. Die Prüfung dieses Erklärungsansatzes erfolgt daraufhin in zwei Schritten. Zunächst wird der Einfluss der Regierungsparteien auf die

Konsolidierungsprogramme geprüft und anschließend der gesellschaftliche, institutionelle und ökonomische Kontext analysiert, in dem die Parteien in beiden Ländern operierten.

2. Das Puzzle

In Folge der Finanzkrise sahen sich fast alle westlichen Demokratien mit einem deutlichen Anstieg der Staatsverschuldung konfrontiert (siehe Abb. 1). Generell lassen sich zwei Ursachen für diese Entwicklung identifizieren, die in den einzelnen Ländern in unterschiedlichem Maße für den Schuldenzuwachs verantwortlich sind (Laeven/Valencia 2010, S. 22-27; Bieling 2012, S. 260-262): Zum einen verursachte die Rettung der im Zuge der Finanzkrise ins Schlingern geratenen Banken hohe Kosten, welche die Staaten aufgrund der vermeintlichen Systemrelevanz der Kreditinstitute auf sich nahmen. Zum anderen belastete die durch die Finanzkrise ausgelöste Krise der Realwirtschaft die Haushalte. Die weltweite Rezession führte zu einem Rückgang der Steuereinnahmen sowie einem Anstieg der Sozialausgaben; die unmittelbare Antwort auf den Einbruch der Realwirtschaft waren außerdem milliardenschwere Konjunkturpakete, die die Verschuldung weiter in die Höhe trieben.

[Abbildung 1: Anstieg der prozentualen Staatsverschuldung]

Wie Abbildung 1 zeigt, gehörten – neben einigen Ländern aus der Eurozone – Island und Großbritannien zu den am stärksten von der Finanzkrise betroffenen Ländern.¹ In Folge des Zusammenbruchs der Banken und der realwirtschaftlichen Verwerfungen stiegen die isländischen Staatsschulden zwischen 2007 und 2011 von 53,3 Prozent auf 128,3 Prozent, während Großbritannien die Stabilisierung der eigenen Kreditinstitute sowie seiner Volkswirtschaft mit einem Anstieg von 47,2 Prozent auf 97,9 Prozent bezahlte.² Obwohl sich die Situation in Island zumindest kurzfristig ungleich schwieriger darstellte, sahen sich beide Staaten zur Konsolidierung der aus dem Ruder gelaufenen Haushalte verpflichtet. Während Island hierbei unter direkter Aufsicht des in der Krise mit Hilfskrediten eingesprungenen Internationalen Währungsfonds stand, wurde die britische Regierung von der Angst vor steigenden Risikoaufschlägen bei der Kreditaufnahme zum Sparen getrieben (Bandau 2012, S. 8-11).

¹ Im Gegensatz zu den betroffenen Euroländern verfügten die Regierungen Islands und Großbritanniens über einen größeren Handlungsspielraum bei den Konsolidierungsmaßnahmen, weshalb sich ein Vergleich eben dieser beiden Staaten anbietet.

² Im Gegensatz zum britischen Fall verzichtete der isländische Staat auf eine Rettung seiner drei Großbanken, was angesichts einer Bilanzsumme vom Zehnfachen der isländischen Wirtschaftsleistung zum unabwendbaren Staatsbankrott geführt hätte.

Tatsächlich wurden in beiden Staaten nach 2009 weitreichende Sparprogramme initiiert, wobei das isländische Sparpaket aufgrund des größeren finanziellen Problemdrucks umfangreicher ausfiel als das britische. Der zentrale Unterschied zwischen den Konsolidierungsprogrammen bestand jedoch nicht so sehr in der Größe der Sparpakete, sondern in deren Zusammensetzung sowie der daraus resultierenden Lastenverteilung. Eine Gegenüberstellung der Konsolidierungsprogramme, die dies verdeutlicht, findet sich in Tabelle 1. Die zentralen Aspekte beider Programme werden im Folgenden kurz erläutert (eine ausführlichere Behandlung findet sich bei Bandau 2012, S. 11-18).

[Tabelle 1: Gegenüberstellung der Konsolidierungsprogramme]

Das 2009 entworfene isländische Sparprogramm setzte zu etwas mehr als einem Drittel auf Steuererhöhungen. Diese umfassten neben der Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge und der Anhebung von Vermögens-, Kapital- und Unternehmenssteuern (Icelandic Ministry of Finance 2009, S. 19-27; Eurostat 2012: 174-175) vor allem eine Strukturreform der Einkommenssteuer. Nachdem der bis zur Krise existierende Einheitssatz zunächst um eine Sondersteuer für Wohlhabende ergänzt wurde, ersetzte schließlich ein neues, aus drei Steuerstufen bestehendes System das alte Modell, was eine Steigerung der Progressivität und eine deutlich stärkere Belastung höherer Einkommensgruppen zur Folge hatte (Eurostat 2012, S. 174).

Auf der Ausgabenseite kam es neben der Reduzierung öffentlicher Investitionen zu beträchtlichen Einsparungen im Sozialetat. Bei diesen Einschnitten ist jedoch eine Schonung der sozial Schwachen zu beobachten, was sich vor allem an drei Aspekten des Sparprogramms illustrieren lässt. Erstens reagierte die Regierung mit einer Verlängerung des Arbeitslosengeldes und einer massiven Aufstockung der aktiven Arbeitsmarktpolitik auf den krisenbedingten Anstieg der Arbeitslosigkeit (OECD 2011, S. 89-95). Zweitens mussten die Bezieher von Sozialleistungen wie Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe geringere Einbußen hinnehmen als Lohnempfänger³, da jene von einem starken Inflationsausgleich profitierten (Ólafsson 2011b). Und drittens sorgte eine Rentenreform, welche die staatlichen Rentenbezüge mit steigendem Alterseinkommen reduzierte, untere Einkommen durch eine Anhebung der Mindestrente dagegen besserstellte, für eine Entlastung der unteren Einkommen (Ólafsson 2009, S. 9-11). Zusammengefasst gaben die beschriebenen Maßnahmen dem isländischen

³ Durch die Anhebung des Mindestlohns mussten Geringverdiener ebenfalls geringere Einkommenseinbußen hinnehmen als der durchschnittliche Lohnempfänger.

Sparprogramm einen eindeutig progressiven Charakter, wobei insbesondere sozial Schwache geschont wurden.

Das britische Konsolidierungsprogramm setzte von Beginn an stärker auf Ausgabenkürzungen, allerdings enthielt auch dieses eine Reihe von Steuererhöhungen. Während die oberen Einkommensgruppen vor allem von einer temporären Erhöhung des Spitzensteuersatzes der Einkommenssteuer sowie einer ebenfalls temporären Anhebung der Kapitalertragssteuer betroffen waren, traf die relativ starke Mehrwertsteuererhöhung um 2,5 Prozentpunkte die unteren Einkommensgruppen härter. Zusätzlich kam es im Laufe der Konsolidierung jedoch auch zu Steuerentlastungen, beispielsweise durch eine Anhebung des Steuerfreibetrags und eine Absenkung der Unternehmenssteuer (HM Treasury 2009a, 2009b, 2010a). Auf der Ausgabenseite waren vor allem Sozialprogramme (£18 Mrd.) sowie der öffentliche Sektor (£36 Mrd.) von massiven Einschnitten betroffen. Bei den Sozialprogrammen kam neben unzähligen Kürzungen in Einzelprogrammen (z.B. Wohngeld, Zuschläge für Behinderte, Anhebung des Rentenalters und härtere Sanktionen für Arbeitslose) zu einer Umstellung bei der Indexierung, welche fast alle Leistungsbezieher traf und jährliche Einsparungen in Milliardenhöhe versprach (Brewer/Browne 2011, S. 4-5). Darüber hinaus trafen aber vor allem die Einschnitte im öffentlichen Sektor die sozial Schwachen. Diese sind nämlich überproportional auf öffentliche Dienstleistungen wie Bildungsprogramme, Pflegedienste und sozialer Wohnungsbau angewiesen, welche teilweise durch die hart von Einsparungen betroffenen Kommunen erbracht werden (Horton/Reed 2010, S. 19; Taylor-Gooby/Stoker 2011, S. 9-10).

Selbst ohne die Einrechnung der letztgenannten Kürzungen gelangte das *Institute for Fiscal Studies* in seiner Analyse des britischen Sparprogramms zu der Einschätzung, dass es sich dabei um ein regressives Konsolidierungsprogramm handele (Browne/Levell 2010).⁴ Verstärkt wird dieser Befund durch Modellrechnungen, die die Einschnitte im öffentlichen Sektor berücksichtigen (O’Dea 2010). Auch wenn die exakte Wirkung dieser Einschnitte nur schwer zu berechnen ist, herrscht unter Experten Einigkeit über das regressive Ausmaß dieser Maßnahmen: „However the spending programme is analysed, the cuts in services for poorer groups substantially outweigh the impact of tax increases on higher-rate taxpayers“ (Taylor-Gooby/Stoker 2011, S. 8; vgl. auch Theodoropoulou/Watt 2011, S. 29-30).

⁴ Für eine weitere Verstärkung der regressiven Wirkung sorgten die 2012 beschlossenen Steuersenkungen (Joyce 2012, S. 6-12).

3. Erklärungsansatz: Parteieneffekte unter günstigen Rahmenbedingungen

Die sich an die im letzten Abschnitt vorgetragenen Befunde anschließende Frage lautet, warum in Island ein progressives, die unteren Einkommen entlastendes Sparpaket aufgelegt wurde, während im Vereinigten Königreich ein beträchtlicher Teil der Krisenkosten von den sozial Schwachen zu tragen ist. Angesichts der unterschiedlichen ideologischen Ausrichtung der seit 2009 bzw. 2010 für die Sparmaßnahmen verantwortlichen Regierungen, liefert die Parteiendifferenztheorie eine mögliche Erklärung. Die zentrale Hypothese des Papiers, die im Folgenden weiter ausgeführt und präzisiert wird, lautet folglich, dass Parteieneffekte für die unterschiedlichen Konsolidierungspfade verantwortlich sind.

Unter den Theorien der Policy-Forschung bildet die Parteiendifferenzhypothese, welche die parteipolitische Färbung der Regierung in den Fokus der Betrachtung rückt, einen der wichtigsten Ansätze zur Erklärung wirtschafts- und sozialpolitischer Differenzen zwischen Staaten auf vergleichbarem Entwicklungsniveau (u.a. Hibbs 1977; Schmidt 1996). Demnach präferieren linke Parteien im wirtschaftlichen Bereich prinzipiell einen „stärkeren“ Staat, d.h. höhere Steuersätze und (Sozial-)Ausgaben, während rechte Parteien für niedrigere Steuern und eine geringere Staatsquote eintreten. Derartige Differenzen können auf zwei Wegen begründet werden (Zohlnhöfer 2003, S. 48-58). Zum einen sorgt eine Orientierung an unterschiedlichen Wählergruppen für die Verfolgung unterschiedlicher Policies. Linke Parteien vertreten demnach eher die Interessen der unteren Einkommenschichten, während sich rechte Parteien stärker an den wohlhabenderen Gesellschaftsschichten orientieren. Ein zweiter Begründungsansatz betont dagegen die ideologischen Differenzen seitens der Parteimitglieder. Innerhalb linker Parteien nehmen demnach Werte wie Gleichheit und soziale Gerechtigkeit eine zentralere Rolle ein als in rechten Parteien, die sich eher der Freiheit des Einzelnen und der wirtschaftlichen Effizienz verpflichtet sehen. Hinsichtlich der wirtschaftspolitischen Ausrichtung wird – passend zum Ausmaß der präferierten staatlichen Intervention – außerdem von einer stärkeren Verankerung keynesianischer Ideen im linken und neoklassischer Ideen im rechten Spektrum ausgegangen.

Die allgemeinen Erwartungen bezüglich der wirtschafts- und sozialpolitischen Ausrichtung linker und rechter Parteien können nun auf den Bereich der Konsolidierungspolitik übertragen werden. Entsprechend der bisherigen Ausführungen ist von linken Regierungen die Wahl einer stärker einnahmeorientierten, auf den Erhalt des Wohlfahrtsstaats ausgelegten Konsolidierungsstrategie zu erwarten. Rechte Regierungen werden dagegen ausgabeorientierte Konsolidierungsstrategien wählen und versuchen, Steuererhöhungen zu vermeiden (Wagschal 1996, S. 3-4).

Eine Betrachtung der empirischen Ergebnisse der Konsolidierungsforschung weckt jedoch ernsthafte Zweifel am geschilderten Einfluss der Regierungsparteien auf die Zusammensetzung von Konsolidierungsmaßnahmen. Bezüglich des Anteils von Sozialkürzungen an der Konsolidierung deuten die Ergebnisse vielmehr darauf hin, dass „Budgetkonsolidierungen politische Ausnahmesituationen sind, in denen klassische Parteeffekte nicht mehr zu finden sind“ (Wagschal/Wenzelburger 2008, S. 184).⁵ Gerade angesichts des enormen Problemdrucks, dem sich die beiden untersuchten Staaten nach der Finanzkrise ausgesetzt sahen, wäre das Auftreten klarer Parteeffekte aus dieser Perspektive durchaus erstaunlich.

Eine mögliche Erklärung liefert eine Erweiterung der Parteeindifferenzhypothese, die auf die Bedeutung der Rahmenbedingungen für das Auftreten von Parteeffekten verweist (Schmidt 1996, S. 167-177; Zohlnhöfer 2003, S. 58-75). Neben dem vermutlich nivellierend wirkenden finanziellen Problemdruck existieren nämlich weitere Rahmenfaktoren politisch-institutioneller, gesellschaftlicher und ökonomischer Art, die den Handlungsspielraum einer Regierung erweitern oder beschränken. Unterschieden werden muss dabei zwischen Faktoren, die beide politische Lager in gleicher Weise betreffen (wie die Machtposition der Regierung innerhalb des jeweiligen politischen Systems), und Links- und Rechtsparteien in unterschiedlicher Weise betreffender Faktoren (wie z.B. die Stärke der Gewerkschaften). Operieren ideologisch voneinander abweichende Regierungen also in einem für sie günstigen Umfeld, sind starke Parteeffekte zu erwarten. Die unterschiedlichen Konsolidierungspfade Islands und Großbritannien sind demnach – so die Präzisierung der weiter oben formulierten Hypothese – auf Parteeffekte zurückzuführen, welche ihrerseits durch entsprechende Rahmenbedingungen begünstigt wurden.

Zur Prüfung dieser Hypothese wird im nächsten Schritt untersucht, inwieweit die dargelegten Differenzen bei der Konsolidierung tatsächlich auf das Wirken der Regierungsparteien zurückzuführen sind. In einem zweiten Schritt werden anschließend die gesellschaftlichen, institutionellen und ökonomischen Rahmenbedingungen genauer analysiert.

4. Der prägende Einfluss der Regierungsparteien

Wie bereits angedeutet, zeigen sich im direkten Ländervergleich die aufgrund ideologischer Parteeindifferenzen zu erwartenden Effekte: Während das progressive isländische Sparpaket von einer linken Regierung aus Sozialdemokraten und Links-Grüner Bewegung aufgelegt

⁵ Darüber hinaus diagnostizieren die meisten Untersuchungen zurückliegender Konsolidierungsperioden einen größeren Erfolg ausgabenorientierter, den Sozialstaat beschneidender Konsolidierungen (Wagschal/Wenzelburger 2008, S. 27-52; Alesina/Ardagna 2010), was den Erwartungen des neoklassischen Paradigmas entspricht und sich direkt in den Empfehlungen internationaler Organisationen wie der OECD und des IWF niederschlägt.

wurde, fiel der Großteil des eher regressiven britischen Sparprogramms unter die Verantwortung der bürgerlichen Koalitionsregierung. Dieser Befund stellt zwar ein erstes Indiz für den Einfluss von Parteeffekten dar, für eine genauere Prüfung der Hypothese ist jedoch eine gründlichere, auf der Länderebene ansetzende Betrachtung notwendig, die die in beiden Staaten nach der Krise zu beobachtenden Regierungswechsel berücksichtigt. Darüber hinaus gilt es die sozial- und wirtschaftspolitischen Begründungen der Sparmaßnahmen zu betrachten, da diese Aufschluss über die zugrundeliegenden Motive der Regierungen geben.

4.1 Wirkung der Regierungswechsel

Island wurde vom Zeitpunkt des Ausbruchs der Finanzkrise im Herbst 2008 bis zum Januar 2009 von einer Koalition aus der liberal-konservativen Unabhängigkeitspartei und der sozialdemokratischen Allianz regiert. Nach anhaltenden Protesten wurde eine Übergangsregierung aus Sozialdemokraten und der sozialistische und ökologische Positionen vertretenden Links-Grünen Bewegung gebildet, die im Mai von den Wählern im Amt bestätigt wurde (Hardarsson/Kristinsson 2010). Die Ausarbeitung des letztlich implementierten progressiven Sparprogramms fiel dabei in die Zeit der neugewählten linken Regierung. Trotzdem lassen sich aufgrund des Regierungswechsels klare Parteeffekte erkennen: Zum einen kam es unter der neuen Regierung zu einer Abmilderung des von der Vorgängerregierung angestrebten Sparprogramms und zu einer stärkeren Schonung der unteren Einkommensschichten (Icelandic Ministry of Finance 2010, S. 4, 30). Darüber hinaus stellte die mit dem Sparpaket verbundene Politik eine komplette Abkehr von der seit Mitte der 1990er Jahre von der Unabhängigkeitspartei und der liberalen Fortschrittspartei verfolgten neoliberalen Politik dar. Über die Deregulierung der Finanzbranche hatten diese nicht nur zur Entstehung der Krise, sondern über Steuersenkungen auf Kapitalerträge sowie wohlfahrtsstaatliche Einschnitte auch zur rasant wachsenden sozialen Ungleichheit auf Island beigetragen (Ólafsson/Kristjánsson 2010; Ólafsson 2011a, S. 23-37).

In Großbritannien fand der Regierungswechsel von Labour zur Koalition aus Konservativen und Liberaldemokraten erst im Frühjahr 2010 statt. Dies hatte zur Folge, dass beide Regierungen an der Ausarbeitung der letztlich eingeleiteten Sparmaßnahmen beteiligt waren. Insgesamt bedeutete die Ablösung Labours durch die Koalitionsregierung eine deutliche Verschärfung der Sparbemühungen, da Labour die Rückführung des Defizits im Gegensatz zu den Tories über zwei Legislaturperioden anstrebte (Taylor-Gooby/Stoker 2011, S. 4-5). Außerdem hatte der Regierungswechsel eine enorme Auswirkung auf die Lastenverteilung. War das Konsolidierungsprogramm Labours progressiv ausgerichtet, hatten die von der

Koalition hinzugefügten Maßnahmen einen eindeutig regressiven Charakter (siehe Abb. 2). Die starke Belastung der oberen Einkommen war vor allem das Ergebnis der Erhöhung der Spitzensteuersätze unter Labour (HM Treasury 2009a) – die starke Belastung dieser Gruppe ist somit *nicht* auf die Koalitionsregierung zurückzuführen. Diese sorgte im Gegenteil mit der in Abbildung 2 nicht erfassten Absenkung des Spitzensteuersatzes im Jahre 2012 für eine Entlastung der obersten Einkommen. Schließlich führt eine Einrechnung der im zweiten Abschnitt thematisierten Einschnitte im öffentlichen Dienst zu einer deutlichen Verstärkung des in Abbildung 2 dargestellten Parteeffekts.⁶

[Abbildung 2: Einkommenseinbußen durch britisches Sparpaket, 2010-2014]

4.2 Sozial- und wirtschaftspolitische Begründungen

Inwiefern die identifizierten Parteeffekte auf ideologische Differenzen zwischen den Parteien zurückzuführen sind, kann über die Betrachtung der sozial- und wirtschaftspolitischen Begründungen der Sparmaßnahmen untersucht werden. In sozialpolitischer Hinsicht sind klare Unterschiede zwischen der linken Regierung in Island und der bürgerlichen Regierung in Großbritannien zu beobachten. Die isländische Linkskoalition betonte, dass Kürzungen angesichts der schlechten Haushaltslage unvermeidlich seien, hob in ihrem Sparentwurf allerdings explizit den Schutz des Wohlfahrtsstaats hervor:

„The current setback should not prompt an occasion for deviating from the path of a welfare society by cutting living standards and services for those who are most vulnerable and at least not by more than the cut imposed on others. By the same token, it is maintained that there is an insufficient occasion to significantly reduce social services” (Icelandic Ministry of Finance 2009: 15).

Inhaltlich spiegelten sich diese Ankündigungen beispielsweise in der Anhebung und Verlängerung des Arbeitslosengelds wider. Zwar betonte auch die britische Koalitionsregierung den Schutz der „verwundbarsten Gesellschaftsmitglieder“ (HM Treasury 2010a, S. 3). Generell schlug die Regierung jedoch insbesondere gegenüber Arbeitslosen andere Töne an. Nachdem die Konservativen mit dem unzweideutigen Slogan „Let’s cut benefits for those who refuse to work“ in den Wahlkampf gezogen waren, wurden Einschnitte im Sozialbereich

⁶ Obwohl Labour im Wahlkampf 2010 vor der Verkündung schmerzhafter Einschnitte zurückschreckte – die betreffenden Ausführungen im Wahlmanifest blieben eher vage und harte Kürzungen wurden erst für 2011 angekündigt (Adam u.a. 2010) – hätte allerdings auch eine wiedergewählte Labour-Regierung gewisse Einschnitte bei den Sozialleistungen kaum vermeiden können, was parteiinterne Diskussionen belegen (Kavanagh/Cowley 2010, S. 64-66).

nicht nur mit der desolaten Finanzlage, sondern auch mit der Entlastung der Steuerzahler und der Bekämpfung einer Abhängigkeitskultur begründet:

“The Government is committed to creating a fair and responsible tax and benefit system that rewards work and promotes economic competitiveness. To achieve these objectives the tax and benefit framework must incentivise work and tackle welfare dependency. [...] A fair and responsible benefit system supports those in most need, without creating dependency for those who would be better off in work” (HM Treasury 2010a, S. 31).

In konkreter Form fand sich die propagierte Politik u.a. in der Verschärfung des Sanktionsregimes für Arbeitslose sowie einer härteren Prüfung der Arbeitsfähigkeit gesundheitlich beeinträchtigter Leistungsempfänger wider.

Doch nicht nur in sozialpolitischer, auch in wirtschaftspolitischer Hinsicht unterlagen die Sparprogramme gegensätzlichen makroökonomischen Grundannahmen. Die britische Koalitionsregierung folgte bei der starken Betonung von Ausgabenkürzungen der Argumentation von OECD und IWF:

“The greatest contribution to the Government’s fiscal consolidation will come from public spending reductions, rather than tax increases. This approach is consistent with OECD and IMF research, which suggests that fiscal consolidation efforts that largely rely on spending restraint promote growth. Tax measures can be an effective tool for reducing the deficit quickly, allowing for phased reductions in public spending. The Government’s consolidation plans therefore involve a rising contribution from public spending over the forecast period” (HM Treasury 2010a, S. 15).

Das isländische Regierungsbündnis aus Sozialdemokraten und Links-Grünen wich dagegen von dieser Argumentation, die von der Mehrzahl der Ökonomen vertreten wurde, ab und griff bei der Begründung des eigenen Sparprogramms auf keynesianische Überlegungen zurück⁷:

„A cut in expenditure will do more to reduce the level of output and slow down economic growth than an increase in taxes would, at least in the short run. The reason is that an increase in expenditure of the Treasury increases demand in the economy by more than a tax change would, which would be reflected, among other things, in public consumption and investment expenditure on the allocation side of the national accounts as well as in increased private consumption through a multiplier effect” (Icelandic Ministry of Finance 2009, S. 13-14).

Schließlich waren in dieser Hinsicht auch innerhalb der britischen Debatte Unterschiede zwischen den politischen Lagern erkennbar, die auf voneinander abweichenden Kausalannahmen über die Wirtschaft basierten. Während die Koalitionsregierung das harte Sparpro-

⁷ Das isländische Finanzministerium verwies bei der Begründung der Gestaltung des Sparprogramms explizit auf Keynes sowie den Nobelpreisträger und Keynesianer Paul Krugman (Icelandic Ministry of Finance 2009, S. 13).

gramm damit rechtfertigte, dass dieses das Vertrauen der Finanzmärkte sichere und der Wettbewerbsfähigkeit der britischen Volkswirtschaft zugutekomme (HM Treasury 2010a, S. 7-10), erkannte Labour darin eine Verschärfung der britischen Malaise durch die Schwächung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage (Balls 2011; Miliband 2011). Während die Regierung folgerichtig zum Beleg des eigenen Erfolgs die niedrigen Zinsen und die AAA-Bewertung Großbritanniens durch die Ratingagenturen⁸ ins Feld führte, verwies die Labour-Opposition auf die ausbleibende wirtschaftliche Erholung.

Die bisherigen Ergebnisse zusammenfassend lässt sich somit festhalten, dass die zu beobachtenden Differenzen bei der Ausgestaltung der Sparmaßnahmen zu einem beträchtlichen Teil auf die parteipolitische Färbung der Regierung zurückzuführen sind.

5. Günstige Rahmenbedingungen

Die im letzten Abschnitt herausgearbeiteten Parteeffekte sind durchaus überraschend, da sie zum einen den Ergebnissen quantitativer Studien zuwiderlaufen, welche ein Verschwinden derartiger Effekte unter hohem Konsolidierungsdruck diagnostizieren (Wagschal/Wenzelburger 2008; Wenzelburger 2010). Zum anderen zeigen auch aktuelle und Länderstudien zur Konsolidierung nach der globalen Finanzkrise, dass in Europa kein der Parteeindifferenztheorie entsprechendes Muster zu erkennen ist. So wurden beispielsweise laut Theodoropoulou und Watt (2011) in den meisten der von ihnen analysierten Staaten regressive Konsolidierungsprogramme aufgelegt, wobei sich mit Spanien, Griechenland und Zypern auch drei zu dieser Zeit von linken Kräften regierte Länder auf dieser Liste finden. Ein progressives Programm wurde dagegen in Frankreich verabschiedet, wo zu diesem Zeitpunkt die Konservativen die Regierung stellten.⁹

Wie sind also die starken Parteeffekte in Island und Großbritannien zu erklären? Aufgrund der in Abschnitt 3 thematisierten Kontextabhängigkeit von Parteeffekten sollten hierfür die günstigen gesellschaftlichen, institutionellen und ökonomischen Rahmenbedingungen in beiden Ländern verantwortlich sein. Im Folgenden wird daher analysiert, inwiefern diese Kontextbedingungen die „entgegengesetzten“ Regierungswechsel ermöglichten und die anschließend verfolgte Konsolidierungspolitik begünstigten.

⁸ Im Februar 2013 entzog die Ratingagentur *Moody's* den britischen Staatsanleihen allerdings die höchste Bonitätsnote.

⁹ Auch eine länderübergreifende Betrachtung der Konsolidierungsprogramme hinsichtlich des Anteils von Ausgabenkürzungen und Einnahmeerhöhungen zeigt keine Parteeffekte (OECD 2012).

Der gesellschaftliche Kontext

Einen ersten wichtigen Rahmenfaktor bildet das gesellschaftliche und ideelle Umfeld, in dem der Parteienwettbewerb in beiden Staaten nach der Krise ausgetragen wurde. Im Ländervergleich sind in diesem Bereich gravierende Unterschiede zu beobachten.

In Island bestimmten seit Beginn der 1990er Jahre neoliberale Ideen den gesellschaftlichen Diskurs, was sich im politischen Bereich in der insbesondere vom bürgerlichen Lager – und hier vor allem von der seit 1991 ununterbrochen an der Macht befindlichen Unabhängigkeitspartei – verfolgten Deregulierungs- und Privatisierungsagenda widerspiegelte (Ólafsson 2011a, S. 23-27). Mit der Finanzkrise kam die neoliberale Ära allerdings zu einem schlagartigen Ende:

„The crash changed the agenda of Icelandic politics at a stroke. The neoliberal era that began with the Independence Party obtaining government leadership in 1991 was brought to an end as new state-run banks stepped in and public opinion moved dramatically to the left“ (Hardarson/Kristinsson 2009, S. 980).

Große Teile der Bevölkerung, die zuvor vom Finanzboom profitiert hatten, sahen sich nun mit einem rapide sinkenden Lebensstandard konfrontiert. Die Finanzkrise und der nur durch internationale Hilfskredite abgewendete Staatsbankrott führten nicht nur zu einer abrupten Schwächung des Einflusses des Finanzsektors auf die Politik, sondern auch zu einer Diskreditierung der bis dahin hegemonialen neoliberalen Ideen. So forderten und erreichten die Demonstranten in der sogenannten „Revolution der Kochtöpfe und Pfannen“ nicht nur den Rücktritt des konservativen Regierungschefs Geir Haarde¹⁰, sondern auch die Absetzung des Zentralbankchefs, David Oddsson, der als Vater des in den 1990er Jahren begonnenen Privatisierungs- und Deregulierungsprogramms gilt (Hardarson/Kristinsson 2010; Ólafsson 2011a, S. 24).¹¹

Die in diesem angespannten gesellschaftlichen Klima im April 2009 abgehaltenen Neuwahlen brachten nicht nur ein desolates Ergebnis für die bis dahin dominante konservative Unabhängigkeitspartei, sondern ermöglichten den beiden linken Parteien, welche im Wahlkampf eine Linderung der durch die Krise verursachten sozialen Probleme versprochen, die Bildung der ersten linken Regierung seit der isländischen Unabhängigkeit (siehe Tab. 2).¹² Nach dem Regierungswechsel erleichterte die (vorübergehende) Diskreditierung der Unabhängigkeits-

¹⁰ Gegen Haarde wurde vor einem nationalen Sondergerichtshof schließlich sogar ein in der isländischen Geschichte einmaliges Verfahren wegen grober Amtsverfehlungen eingeleitet.

¹¹ Die bereits zu diesem Zeitpunkt als kleiner Koalitionspartner an der Regierung beteiligten Sozialdemokraten standen dagegen weniger stark im Fokus der Protestierenden (Hardarson/Kristinsson 2010, S. 1012), was demonstriert, dass sich die Proteste nicht „blind“ gegen alle Parteien richteten.

¹² Außerdem zog die aus den Protesten hervorgegangene „Bürgerbewegung“ mit über sieben Prozent der Stimmen in das isländische Parlament ein.

partei und ihrer neoliberalen Agenda der linken Koalition schließlich die Durchsetzung eines progressiv angelegten, für viele aber trotzdem schmerzhaften Sparpakets (Hardarson/Kristinsson 2012, S. 139). Island ist damit ein Beispiel dafür, „wie die globale Finanzkrise die Spielregeln des politischen Wettbewerbs veränderte“ (Jochem 2012, S. 68) und damit die historische Wahl einer linken Regierung mitsamt progressiver Agenda ermöglichte.

[Tabelle 2: Ergebnis der isländischen Parlamentswahlen 2009]

Wie in Island bildeten vor der Krise auch in Großbritannien die Dominanz des neoliberalen Paradigmas sowie die starke Machtposition des Finanzsektors in Form der Londoner City zentrale Kontextfaktoren der Politik (Crouch 2011).¹³ Trotz der ebenfalls starken Erschütterung durch die Finanzkrise war jedoch im britischen Fall weder eine nachhaltige Schwächung der City noch ein wirklicher Stimmungsumschwung zu beobachten. Dies wird durch die Auswertungen langfristig erfasster Umfragedaten bestätigt, die einen durch die Finanzkrise ungebrochenen Trend zur Forderung nach einem Rückzug des Staates zeigen und – im Gegensatz zu Island – einen damit verbundenen Rechtsruck in der öffentlichen Meinung attestieren (Bartle et al. 2011). In Übereinstimmung mit diesen Ergebnissen sah zum Zeitpunkt der britischen Parlamentswahlen 2010 eine Mehrheit der Bevölkerung die Zahlungen an Arbeitslose als zu hoch an, während trotz der enormen sozialen Ungleichheit nur ein Drittel eine stärkere Umverteilung durch den Staat befürwortete (NatCen 2012). Angesichts dieser Ergebnisse ist es nicht überraschend, dass die im Wahlkampf von den Konservativen (und in geringerem Maße auch von Labour) betriebene Kampagne gegen Leistungsmissbrauch und die proklamierte wohlfahrtsstaatliche Abhängigkeitskultur in der britischen Gesellschaft durchaus auf einen fruchtbaren Nährboden fiel.

Nach dem Regierungswechsel begünstigte dieses gesellschaftliche Klima schließlich die Durchsetzung eines Sparpakets, das auch sozial Schwache überproportional an der Begleichung der Krisenkosten beteiligte. Die Kritik Labours viel dementsprechend verhalten aus, während gesellschaftliche Proteste auf einzelne Demonstrationen betroffener Gruppen beschränkt blieben.¹⁴ Trotz der im Vergleich zu Island umgekehrten Vorzeichen operierte

¹³ Im Gegensatz zum isländischen Fall reichte die später von ‚New Labour‘ mitgetragene Entwicklung allerdings bis in die frühen 1980er Jahre zurück.

¹⁴ Neben den gegen konkrete Sparbeschlüsse gerichteten Demonstrationen von Gewerkschaften, Studenten und anderen Gruppen kam es im August 2011 im ganzen Land zu gewaltsamen Ausschreitungen an denen vornehmlich Jugendliche aus ärmeren Stadtvierteln beteiligt waren. Die Ausschreitungen hatten teilweise harte Bestrafungen der Gewalttäter zur Folge, eine gesellschaftliche Debatte über die Ursachen des plötzlichen Gewaltausbruchs blieb jedoch aus.

damit auch die britische Koalitionsregierung in einem gesellschaftlichen Umfeld, das der Durchsetzung der eigenen Sparagenda entgegenkam.

Der institutionelle Kontext

Neben dem gesellschaftlichen Umfeld beeinflussen institutionelle Faktoren wie das Wahlsystem und die Existenz von institutionellen Vetospielern den Handlungsspielraum der Regierungsparteien. Hinsichtlich der Vetospieler operierten beide Regierungen in einem äußerst günstigen Kontext. Während die britische Regierung bekanntermaßen über große Machtbefugnisse verfügt und keine Rücksicht auf die Opposition und andere institutionelle Akteure nehmen muss (Lijphart 1999, S. 9-21), gestaltet sich die Lage in Island ähnlich. Zwar handelt es sich offiziell um ein präsidentielles System, doch „in der Verfassungswirklichkeit zeigt sich, dass die maßgeblichen politischen Verhandlungen im Parlament stattfinden und sich die isländischen Präsidenten diesen Ergebnissen fügen“ (Jochem 2012, S. 64). Angesichts des Fehlens einer zweiten Kammer verfügt somit auch die isländische Regierung über eine starke Machtposition.

Einen interessanten Faktor stellt darüber hinaus das in beiden Ländern unterschiedlich gestaltete Wahlsystem dar. Die beiden linken Parteien Islands vereinten 2009 unter dem isländischen Verhältniswahlrecht 51,5 Prozent der Stimmen (43,8 Prozent aller Wahlberechtigten) auf sich – Wähler, die es bei der Durchführung der Sparmaßnahmen nicht zu verschrecken galt. Die britischen Konservativen, die die treibende Kraft hinter dem britischen Sparpaket darstellten, kamen dagegen bei den Wahlen 2010 nur auf 36,1 Prozent der Stimmen (23,5 Prozent aller Wahlberechtigten), was ihnen aufgrund des Mehrheitswahlrechts jedoch fast 50 Prozent der Sitze im Unterhaus verschaffte. Das Gros der Sitze gewannen die Tories im wohlhabenderen Südosten des Landes, während sie in ärmeren Regionen in Mittelengland und im Norden des Landes deutlich unterrepräsentiert waren (Denver 2010, S. 17-19). Nach der Amtsübernahme erleichterte die in Abbildung 3 dargestellte regionale Polarisierung den Konservativen die Verfolgung ihrer Austeritätsagenda. Die insbesondere auf kommunaler Ebene ansetzenden Kürzungen im öffentlichen Sektor trafen nämlich die mit größeren sozialen Problemen konfrontierten Labour-Hochburgen deutlich härter als die konservativ geprägten Regionen (Grimshaw/Rubery 2012, S. 64-65).

[Abbildung 3: „Wahlkarte“ der britischen Parlamentswahlen 2010]

Der den Sozialkürzungen eher kritisch gegenüberstehende Koalitionspartner, die Liberaldemokraten, sah seinen Stimmenanteil von 23 Prozent durch das Wahlrecht auf neun Prozent der Sitze reduziert. Die Zustimmung der Liberalen zur Sparagenda der Tories war in erster Linie an die Durchführung eines – letztlich nicht erfolgreichen – Referendums über eine Reformierung des Wahlrechts geknüpft, um die beschriebene Verzerrung zu ihren Ungunsten abzumildern (Kavanagh/Cowley 2010, S. 204-229).¹⁵ Schließlich verhinderte das die beiden großen Parteien bevorteilende britische Mehrheitswahlrecht den Aufstieg systemkritischer Parteien wie der Links-Grünen Bewegung und der aus den Protesten hervorgegangenen „Bürgerbewegung“ in Island.

Der ökonomische Kontext

Als letztes darf auch der ökonomische Rahmen, in dem die Parteien operierten, nicht vernachlässigt werden. Zwar standen beide Staaten nach der Krise unter einem enormen finanziellen Konsolidierungsdruck, jedoch sind hinsichtlich der makroökonomischen Rahmenbedingungen deutliche Unterschiede zu erkennen. Im isländischen Fall verminderte die Beteiligung der Bankengläubiger an der Krisenbewältigung den Konsolidierungsdruck für die isländische Regierung und ermöglichte dadurch eine Abmilderung der Sparmaßnahmen und eine Schonung der unteren Einkommen (IMF 2011). Das gleiche gilt für die krisenbedingte Abwertung der isländischen Währung, welche zwar kurzfristig Reallohnneinbußen bedeutete, mittelfristig allerdings die Wettbewerbsfähigkeit der isländischen Volkswirtschaft stärkte und über die resultierende wirtschaftliche Erholung den Staatshaushalt entlastete (Wade/Sigurgeirsdottir 2012). So verzeichnete die Vulkaninsel nur drei Jahre nach der Krise bereits wieder ein Wirtschaftswachstum von über drei Prozent. Schließlich erleichterten die zur Stabilisierung der isländischen Währung eingeführten Kapitalverkehrskontrollen, welche eine massiven Kapitalflucht verhinderten (Viterbo 2011), der isländischen Regierung die anschließende Durchsetzung von Steuererhöhungen.

Im britischen Fall stellte sich die Lage in mehrfacher Hinsicht anders dar. Zwar war der Konsolidierungsdruck im direkten Vergleich mit Island geringer, eine weniger starke Sozialisierung der Bankenschulden hätte den Konsolidierungsdruck jedoch von vornherein verringert und damit auch die Durchsetzung der Einschnitte im Sozialbereich erschwert. Trotz einer gewissen Lockerung der Geldpolitik blieb Großbritannien eine mit Island vergleichbare externe Abwertung erspart. Damit blieb allerdings auch ein exportgetriebener Aufschwung

¹⁵ Spätestens nach dem Scheitern des Referendums im Mai 2011 mehrten sich die Stimmen innerhalb der Partei, die ein Abweichen vom Sparkurs bzw. eine stärkere Finanzierung der Konsolidierung über Reichensteuern forderten.

aus; da die Kürzungen gleichzeitig die Binnennachfrage schwächten, rutschte die britische Wirtschaft im Sommer 2012 in eine Double-Dip Rezession, was wiederum die Konsolidierungsbemühungen unterminierte und den Spardruck verschärfte (OECD 2013, S. 11-18). Schließlich stellte der freie Kapitalverkehr innerhalb der EU einen zentralen Unterschied zu den isländischen Kapitalkontrollen dar. Während bei Steuererhöhungen unter diesen Rahmenbedingungen Kapitalflucht drohte, hoffte die Koalition mit den 2012 eingeleiteten Steuersenkungen für Privatpersonen und Unternehmern darauf, Kapital aus dem Ausland anzuziehen – und ihrerseits von Steuererhöhungen in Nachbarländern wie Frankreich zu profitieren (FAZ, 19.06.2012).

Eine Gesamtbetrachtung der gesellschaftlichen, institutionellen und ökonomischen Rahmenfaktoren zeigt somit, dass der jeweilige nationale Kontext nicht nur die „entgegengesetzten“ Regierungswechsel begünstigte, sondern den neuen Regierungen anschließend auch die Verfolgung der ideologisch präferierten Konsolidierungsprogramme erleichterte.

6. Fazit

Island und Großbritannien reagierten auf die sich an die Finanzkrise anschließende Staatsschuldenkrise mit unterschiedlich ausgerichteten Sparpaketen. Während Island auf eine stärkere Belastung der Wohlhabenden und eine Schonung unterer Einkommen setzte, fiel das britische Sparprogramm deutlich regressiver aus, wobei insbesondere die sozial Schwachen überproportional stark belastet wurden. Diese Differenzen können auf Parteieneffekte zurückgeführt werden, welche allerdings durch den jeweiligen nationalen Kontext begünstigt wurden.

Die Studie zeigt somit, dass Parteien auch unter hohem Konsolidierungsdruck weiterhin einen Unterschied hinsichtlich der Lastenverteilung machen können. Die Voraussetzung hierfür scheint jedoch ein der jeweiligen parteipolitischen Färbung der Regierung günstiger Rahmen zu sein, wobei dieser gesellschaftliche, institutionelle und ökonomische Faktoren umfasst. Während gesellschaftliche und institutionelle Faktoren die generelle Durchsetzbarkeit der Reformen beeinflussen, bestimmt der ökonomische Kontext auch über die Erfolgsaussichten unterschiedlicher Konsolidierungsstrategien. Insbesondere für die Krisenländer des Euroraums lassen sich daher zwei Erwartungen formulieren: Zum einen sind starke Parteieneffekte bei der Konsolidierung angesichts der externen institutionellen Beschränkungen eher unwahrscheinlich. Zum anderen ist die Übernahme des auch wirtschaftlich erfolgreichen isländischen Konsolidierungsweges durch (linke) Regierungen innerhalb des Euroraums

kaum möglich, da vor allem die Gemeinschaftswährung sowie der freie Kapitalverkehr dafür sorgen, dass Regierungen in einem völlig anderen ökonomischen Kontext operieren.

Literatur

- Adam, Stuart/Brewer, Mike/Browne, James/Phillips, David, 2010: Taxes and Benefits. The Parties' Plans, London: IFS.
- Alesina, Alberto/Ardagna, Silvia, 2010: Large Changes in Fiscal Policy. Taxes versus Spending, in: Tax Policy and the Economy, 24(1), S. 35-68.
- Balls, Ed, 2011: The Fork in the Road – Time for the Alternative. Lecture at the London School of Economics, 16.06.2011.
- Bandau, Frank, 2012: Wer zahlt für die Krise? Die Politik der Schuldenbekämpfung in Island und Großbritannien, Papier präsentiert auf dem DVPW-Kongress, Tübingen 2012, [dvpw.de/fileadmin/docs/Kongress2012/Paperroom/2012%D66konomie-Bandau.pdf]
- Bartle, John/Dellepiane Avellanda, Sebastian/Stimson, James A., 2011: The Policy Mood and the Moving Centre, in: Allen, Nicholas/Bartle, John (Hrsg.): Britain at the Polls 2010, London: SAGE, S. 147-174.
- Bieling, Hans-Jürgen, 2012: EU Facing the Crisis. Social and Employment Policies in Times of Tight Budgets, in: Transfer, 18(3), S. 255-271.
- Brewer, Mike/Browne, James, 2011: Cuts to Welfare Spending, in: Yeates, Nicola/Haux, Tina/Jawad, Rana/Kilkey, Majella (Hrsg.), In Defence of Welfare. The Impacts of the Spending Review, UK: Social Policy Association, S. 4-7.
- Browne, James/Levell, Peter, 2010: The Distributional Effect of Tax and Benefit Reforms to Be Introduced between June 2010 and April 2014. A Revised Assessment, London: IFS
- Crouch, Colin, 2011: Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus. Postdemokratie II. Berlin: Suhrkamp.
- Denver, David, 2010: The Results: How Britain Voted, in: Geddes, Andrew/Tonge, Jonathan (Hrsg.), Britain Votes 2010, Oxford: Univ. Press, S. 6-24.
- Eurostat, 2012: Taxation Trends in the European Union. Data for the EU Member States, Iceland and Norway, Brüssel: European Commission.
- Grimshaw, Damian/Rubery, Jill, 2012: Die Befestigung des Neoliberalismus. Krise und Austerität in Großbritannien, in: Lehndorff, Steffen (Hrsg.), Ein Triumph gescheiterter Ideen. Warum Europa tief in der Krise steckt, Hamburg: VSA, S. 50-68.
- Hardarson, Ólafur T./Kristinsson, Gunnar H., 2009: Iceland, in: European Journal of Political Research, 48(7-8), S. 980-985.
- Hardarson, Ólafur T./Kristinsson, Gunnar H., 2010: Iceland, in: European Journal of Political Research, 49(7-8), S. 1009-1016.
- Hardarson, Ólafur T./Kristinsson, Gunnar H., 2012: Iceland, in: European Journal of Political Research, 51(1), S. 136-140.
- Hibbs, Douglas 1977: Political Parties and Macroeconomic Policies, in: American Political Science Review 71(4), S. 1467-1487.
- Horton, Tim/Reed, Howard, 2010: The Distributional Impact of the 2010 Spending Review, in: Radical Statistics, 103, S. 13-24.
- HM Treasury, 2009a: Budget 2009. Building Britain's Future, London: Stationary Office
- HM Treasury, 2009b: Securing the Recovery. Growth and Opportunity. Pre-Budget Report, December 2009, London: Stationary Office.
- HM Treasury, 2010a: Budget 2010, London: Stationary Office.
- HM Treasury, 2010b: Spending Review 2010, London: Stationary Office.

- Icelandic Ministry of Finance, 2009: Report by the Minister of Finance to the 137th Session of the Althingi. Measures to Achieve a Balance in Fiscal Finances 2009-2013. Stability, Welfare and Work, Reykjavik: Icelandic Ministry of Finance.
- Icelandic Ministry of Finance, 2010: The Fiscal Budget Proposal for 2011, Reykjavik: Icelandic Ministry of Finance.
- IMF, 2011: Iceland's Policies Suggest Alternative Way Out of Crisis, IMF Survey online, 03.11.2011, [imf.org/external/pubs/ft/survey/so/2011/CAR110311A.htm]
- Jochem, Sven, 2012: Die politischen Systeme Skandinaviens. Wiesbaden: Springer VS.
- Joyce, Robert, 2012: Tax and Benefit Reforms Due in 2012-13, and the Outlook for Household Incomes, London: IFS.
- Kavanagh, Dennis/Cowley, Philip, 2010: The British General Election of 2010. Basingstoke: Palgrave.
- Laeven, Luc/Valecia, Fabian, 2010: Resolution of Banking Crises. The Good, the Bad, and the Ugly, Washington: IMF.
- Lijphart, Arend, 1999: Patterns of Democracy. Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries. New Haven: Yale Univ. Press.
- Miliband, Ed, 2011: Autumn Statement Is the Moment When the Country Will See the Economic Gamble Has Failed. Speech to the IPPR, 24.11.2011.
- National Centre for Social Research, 2012: British Social Attitudes 28 London: Sage.
- O'Dea, Cormac, 2010: Who Loses Most from Public Service Cuts?, London: IFS.
- OECD, 2011: Economic Surveys. Iceland 2011, Paris: OECD.
- OECD, 2012: Restoring Public Finances, 2012 Update, Paris: OECD.
- OECD, 2013: Economic Surveys. United Kingdom 2013, Paris: OECD.
- Ólafsson, Stéfan, 2009: Annual National Report 2009. Pensions, Health, and Long-term Care. Iceland, Brüssel: ASISP.
- Ólafsson, Stéfan, 2011a: Icelandic Capitalism. From Statism to Neoliberalism and Financial Collapse, in: Mjøset, Lars (Hrsg.), The Nordic Varieties of Capitalism, Bingley: Emerald Group, S. 1-51.
- Ólafsson, Stéfan, 2011b: Level of Living Consequences of Iceland's Financial Crisis. What Do the Social Indicators Tell Us?, Presentation at the Conference 'Iceland's Recovery – Lessons and Challenges, Reykjavik 2011.
- Ólafsson, Stéfan/Kristjánsson, Arnaldur S., 2010: Income Inequality in a Bubble Economy. The Case of Iceland 1992-2008. Working Paper, Luxembourg Income Study Conference.
- Schmidt, Manfred, 1996: When Parties Matter. A Review of the Possibilities and Limits of Partisan Influence on Public Policy, in: European Journal for Political Research 30(2), S. 155-183.
- Taylor-Gooby, Peter/Stoker, Gerry, 2011: The Coalition Programme. A New Vision for Britain or Politics as Usual?, in: The Political Quarterly, 82(1), S. 4-15.
- Theodoropoulou, Sotiria/Watt, Andrew, 2011: Withdrawal Symptoms. An Assessment of the Austerity Packages in Europe, Brüssel: ETUI.
- Viterbro, Annamaria, 2011: Iceland's Capital Controls and the Constraints Imposed by the EEA Agreement, in: Capital Markets Law Journal, 6(2), S. 214-237.
- Wade, Robert/Sigurgeirsdottir, Silla, 2012: Iceland's Rise, Fall, Stabilisation and Beyond, in: Cambridge Journal of Economics 36(1), S. 127-144.
- Wagschal, Uwe, 1996: Der Einfluss von Parteien und Wahlen auf die Staatsverschuldung, in: Swiss Political Science Review 2(4), S. 1-26.
- Wagschal, Uwe/Wenzelburger, Georg, 2008: Haushaltskonsolidierung, Wiesbaden: VS Verlag.
- Wenzelburger, Georg, 2010: Haushaltskonsolidierungen und Reformprozesse. Determinanten, Konsolidierungsprofile und Reformstrategien in der Analyse, Münster: LIT.

- Yeates, Nicola/Haux, Tina/Jawad, Rana/Kilkey, Majella (Hrsg.), 2011: In Defence of Welfare. The Impacts of the Spending Review, UK: Social Policy Association.
- Zohlhöfer, Reimut, 2003: Der Einfluss von Parteien und Institutionen auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik, in: Obinger, Herbert/Wagschal, Uwe/Kittel, Bernhard (Hrsg.), Politische Ökonomie. Demokratie und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, Opladen: Leske + Budrich, S. 47-80.

Abbildungen und Tabellen

Tabelle 1: Gegenüberstellung der Konsolidierungsprogramme

	Island	Großbritannien
Gesamtvolumen ¹	179 Mrd. ISK (2,4% des BIP/Jahr)	110 Mrd. Pfund (1,2-1,6% des BIP/Jahr)
Anteil Steuern/Ausgaben ¹	36% Steuererhöhungen, 64% Ausgabensenkungen	23% Steuererhöhungen, 77% Ausgabensenkungen
Zentrale Sparmaßnahmen	progressive Einkommenssteuerreform, Anhebung direkter Steuern (Vermögen, Kapital, Unternehmen), Bedarfsprüfung von Sozialleistungen	Erhöhung der Mehrwertsteuer, (temporäre) Reichensteuern, Beschneidung des Wohlfahrtsstaats sowie des öffentlichen Sektors
Reaktion auf Inflation	gezielte Schonung Bedürftiger durch überproportionalen Inflationsausgleich	Nutzung der Inflation durch Umstellung der Leistungsindexierung (= Leistungskürzung)
Lastenverteilung	progressiv	zunehmend regressiv (Ausnahme oberste 2-3% der Einkommen)
„Krisenverlierer“	Wohlhabende, Bezieher höherer Renten, öffentliche Angestellte, (ausländische) Bankengläubiger ²	Wohlhabende, Behinderte, Arbeitslose, Alleinerziehende, Großfamilien, öffentliche Angestellte

Quellen: HM Treasury 2010a, 2010b; Icelandic Ministry of Finance 2009, 2010; Ólafsson 2011b; Theodoropoulou/Watt 2011; Yeates et al. 2011

¹ Die Daten beziehen sich auf die 2009 (ISL) bzw. 2010 (UK) vorgestellten Sparprogramme. Aufgrund der guten wirtschaftlichen Entwicklung fiel das tatsächliche isländische Sparvolumen etwas geringer aus, der Anteil von Einnahmeerhöhungen und Ausgabensenkungen entsprach bis 2013 in beiden Ländern in etwa den angestrebten Plänen (OECD 2012).

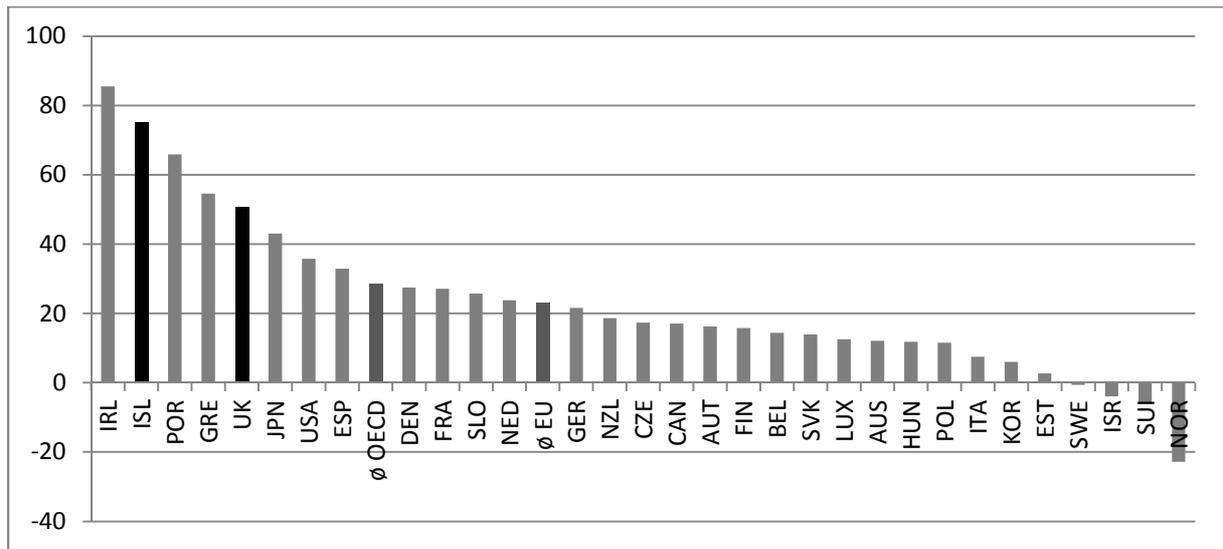
² Einbußen durch Bankeninsolvenzen

Tabelle 2: Ergebnis der isländischen Parlamentswahlen 2009

Partei	Stimmenanteil	Gewinne/Verluste	Parlamentssitze
Unabhängigkeitspartei	23,7%	-12,9%	16 (25,4%)
Sozialdemokratische Allianz	29,8%	+3,0%	20 (31,7%)
Fortschrittspartei	14,8%	+3,1%	9 (14,3%)
Links-Grüne Bewegung	21,7%	+7,4%	14 (22,2%)
Liberale Partei	2,2%	-5,1%	0 (0,0%)
Bürgerbewegung	7,2%	+7,2%	4 (6,3%)

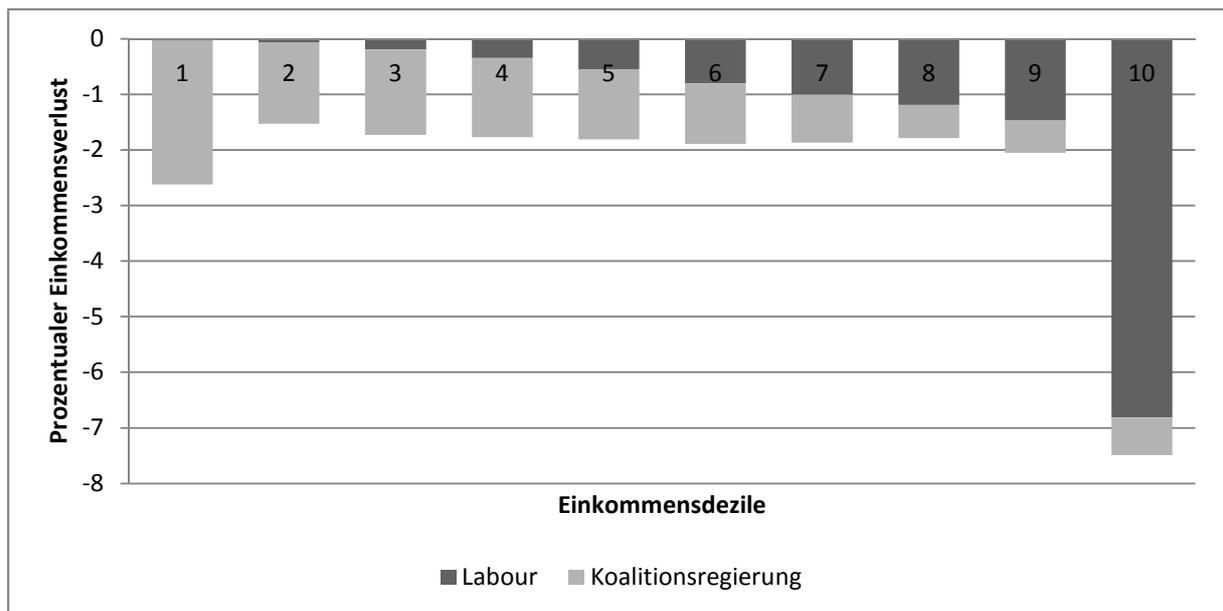
Wahlbeteiligung: 85,1% (2007: 83,6%)

Abbildung 1: Anstieg der prozentualen Staatsverschuldung, 2007-2011



Quelle: OECD Economic Outlook 91 Database

Abbildung 2: Prognostizierte Einkommenseinbußen durch britisches Sparpaket, 2010-2014*



Quelle: IFS-Daten

* Die Berechnung umfasst nur die 2010 geplanten Steuererhöhungen und direkten wohlfahrtsstaatlichen Einschnitte, im Sparpaket enthaltene Kürzungen im öffentlichen Sektor sowie die regressiven Steuersenkungen aus dem Jahre 2012 bleiben dagegen unberücksichtigt.

Abbildung 3: „Wahlkarte“ der britischen Parlamentswahlen 2010

